

Mitglieder

Frau Maria Bruns
Frau Merle Heßler
Herr Axel Hohnholz

hinzugewählte Mitglieder

Herr Martin Mansdotter, Vertreter der Lehrerschaft

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 16.11.2023
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung"
hier: Standortauswahl
Vorlage: BV/208/2024
- 7 Mitteilungen der Landrätin
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Nee eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Schulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Nee stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 16.11.2023

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" hier: Standortauswahl Vorlage: BV/208/2024

Vors. Nee begrüßt die zum Schulausschuss eingeladenen Gäste.

Ltd. KVD Denker fasst aus Sicht der Verwaltung den Sachverhalt zusammen. Die bisherigen Beratungen hätten gezeigt, dass noch ein Informationsbedarf bestehe und eine schulfachliche Beratung zum Standort als erforderlich gesehen werde. Vor diesem Hintergrund sei zur schulfachlichen Bewertung eine Verweisung an den Schulausschuss erfolgt. Es stellte sich die Frage, wie eine solche schulfachliche Bewertung auszusehen habe und wie deren Rahmenbedingungen seien. Ltd. KVD Denker verweist hierzu auf die Vorlage und die dortigen Ausführungen zum § 106 Abs. 5 NSchG. Ein wichtiger und wesentlicher Punkt seien die Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der Erziehungsberechtigten, im Weiteren welche Größe die Schu-

le unter Berücksichtigung der Erfordernisse eines differenzierten Unterrichts habe, der Einzugsbereich und schließlich auch die raumordnerischen Anforderungen. Dies bedeute, dass für eine schulfachliche Bewertung unter rechtlichen Aspekten eine Art "Innenbetrachtung" aus Sicht der Schule heraus notwendig sei. Konkret z.B. was für die Schüler und Schülerinnen am besten sei, wie sich die Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler darstellen oder welche Aspekte für die Entwicklung der Schule das Beste wäre. Ergänzend ist eine Außenbetrachtung vorzunehmen, wenn der Einzugsbereich bzw. raumordnerische Aspekte zu bewerten sind.

Im Ergebnis hätten die vorgenannten Ausführungen die Konsequenz, dass die Gründe und Aspekte für die Auswahl des Schulstandortes begrenzt seien und diese prioritär als Grundlage für eine Betrachtung und Entscheidung heranzuziehen seien. Im Weiteren verweist Ltd. KVD Denker zur Reflektion dieser Punkte auf Seite 3 der Vorlage.

Zusammengefasst sprechen das eindeutige Meinungsbild des Kreiselternrates sowie der Schulleitungen (Astrid-Lindgren-Schule und BBS) und des Schulvorstandes der Astrid-Lindgren-Schule für einen Schulstandort in Rostrup. Dies gelte auch für den Einzugsbereich mit zentraler Lage sowie die raumordnerischen Unterschiede zwischen Grund- und Mittelzentrum im Vergleich Edewecht zu Bad Zwischenahn. Die schulfachliche bzw. juristische Betrachtung höre hier eigentlich auf, es gehe aber im Weiteren natürlich auch um eine schulpolitische Betrachtung dieser Angelegenheit. Unter dieser weitergehenden Betrachtung würde noch eine Vielzahl von Aspekten hinzukommen, wie z.B. die strukturpolitische Entwicklung in einer Gemeinde, aber auch die eigenen persönlichen Erfahrungen und Meinungen würden in die Entscheidung mit einfließen. Insoweit könne es nachvollziehbar zu subjektiven und unterschiedlichen Bewertungen kommen.

Ltd. KVD Denker verweist hierzu auf die Vorlage und teilt mit, dass man in der anliegenden sehr umfangreichen Synopse versucht habe, alle Aspekte zusammenzufassen und für die drei Standorte gegenüberzustellen, um somit eine gute Grundlage für eine Entscheidungsfindung und einer evtl. Diskussion zu bieten. Im Weiteren seien auch die einzelnen Fragen der Fraktionen und die Antworten hierzu den Unterlagen beigelegt worden.

Ltd. KVD Denker geht sodann auf die Sichtweise der Kreisverwaltung ein. Aus schulfachlicher Sicht mit Blick auf den zu berücksichtigenden rechtlichen Rahmen und in Abwägung der weiteren Aspekte komme die Kreisverwaltung auf das auf Seite 4 der Vorlage dargestellte Ergebnis. Hier habe man zusammengestellt, welche Gründe, z.B. die Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler, Teilhabemöglichkeiten, das Meinungsbild des Kreiselternrates, der Schulleitungen und des Schulelternrates, der Einzugsbereich und die eindeutige Standortbewertung der Gutachter aus Sicht der Kreisverwaltung prioritäre und entscheidungstragende Bedeutungen hätten. Ergänzend teilt Ltd. KVD Denker mit, dass zum möglichen 3. Schulstandort an der Außenstelle des Gymnasiums Bad Zwischenahn-Edewecht nunmehr die Stellungnahme des Schulleiters und seines Stellvertreters vorliege und sich diese nicht für einen Schulstandort in Edewecht aussprechen.

Ltd. KVD Denker richtet im Weiteren den dringenden Appell und die Bitte an den Schulausschuss heute zu einer Entscheidung zu gelangen, da alle Aspekte für eine

Entscheidungsfindung zusammengetragen worden seien. Dies sei im Interesse der Schülerinnen und Schüler und mit Blick auf die derzeitige Situation an der Astrid-Lindgren-Schule wichtig.

Zusammenfassend schlägt die Kreisverwaltung aus den vorgenannten Gründen vor, den Standort Rostrup festzulegen.

Vors. Nee bedankt sich beim Ltd. KVD Denker für die Ausführungen und bei der Verwaltung für die ausführliche Vorlage. Er merkt an, dass es in den vorherigen Ausschüssen zu diesem Thema bereits ausführliche Beratungen und Diskussionen gegeben habe und bittet darum, diese in der heutigen Sitzung nicht noch einmal zu wiederholen. Er bittet die BM Knetemann und BM Dierks um eine kurze Stellungnahme.

BM Knetemann bedankt sich für die Ausführungen von Ltd. KVD Denker und stimmt ihm zu, dass diese Thematik auch eine emotionale Angelegenheit sei. Die Gemeinde Edewecht habe die Übernahme der Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland thematisieren müssen, da das Wachstum der Schule es als notwendig erscheinen lasse, sie in die Verantwortung des Landkreises zu übergeben. So habe sich die ursprüngliche Schule mit dem Förderbedarf Lernen und einer geringen Schülerzahl mit einer geistigen Beeinträchtigung dahingehend verändert, dass nunmehr ein Großteil der Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Beeinträchtigung die Schule besuchen. Dadurch hätten sich die allgemeinen Anforderungen an die Schule und dem Gebäude verändert. Dies bedeute nicht, dass die Gemeinde Edewecht diese Schülerinnen und Schüler nicht weiterhin beschulen wolle. Gerne würde die Gemeinde Edewecht, in Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland, die Förderschule weiterhin in Edewecht behalten. Sie könne nachvollziehen, dass die Entscheidung in Bezug auf einen Schulstandort für den Ausschuss nicht leicht sei, werde diese aber mittragen. Aus Ihrer Sicht sei es nach wie vor unbefriedigend, dass die Übernahme der Schulträgerschaft bisher nicht erfolgt sei. Es gebe lediglich eine Absichtserklärung. Ihrer Meinung nach sei es wichtig, unter Bezugnahme der heutigen Entscheidung und weiterer Planungen, ein Datum für den Übergang der Schulträgerschaft an den Landkreis festzulegen, um die Übergangszeit bestmöglich zu organisieren.

BM Dierks bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit der Stellungnahme. Die Gemeindeverwaltung habe sich mit der Standortverlegung von Edewecht nach Rostrup beschäftigt und er gebe zu, dass er persönlich anfänglich sehr skeptisch gewesen sei. Zwischenzeitlich seien mehrere Gespräche geführt worden und unter Bezugnahme auf die sehr ausführliche Vorlage und der darin aufgeführten Aspekte und Argumente gebe es gute Gründe für einen Standort in Rostrup. In erster Linie spreche für den Standort Rostrup sicherlich die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit, aber auch, dass sich das Grundstück bereits im Eigentum des Landkreises Ammerland befinde. Im Weiteren würden sich die beiden Gutachter für diesen Standort aussprechen. In den Ausführungen sei deutlich geworden, dass sich durch den Standort Rostrup gute Kooperationsmöglichkeiten mit der BBS ergeben. Dies sei ihm im Vorfeld so nicht bewusst gewesen. Ein weiterer wichtiger Aspekt für den Standort Rostrup sei das Votum der Schulleitung der ALS und der Eltern. Ergänzend

teilt er mit, dass es in Rostrup bereits eine Vielzahl von Schulen gebe und aus diesem Grunde lasse sich eine Förderschule sicherlich gut etablieren und integrieren. Es gebe im Umfeld viele Freizeitmöglichkeiten, die fußläufig zu erreichen seien, u.a. 3 Turnhallen, Tennisplätze, Sportplätze, eine Badestelle des DLRG, Golfplatz und den Park der Gärten, die den Standort Rostrup attraktiv machen. Aus den vorgenannten Gründen sei aus Sicht der Verwaltung der Gemeinde Bad Zwischenahn der Standort Rostrup zu befürworten.

BM Dierks weist darauf hin, dass mit der Ansiedlung einer neuen Schule auch Herausforderungen verbunden seien. Die Verkehrsbelastung der Elmendorfer Straße sei bereits jetzt gerade morgens und mittags hoch und dies müsse in den weiteren Planungen berücksichtigt werden z.B. durch die Verlängerung einer Abbiegespur und der Schaffung einer Querungshilfe für die Schülerinnen und Schüler etc. Sollte der Standort Rostrup durch den Kreistag beschlossen werden, werde die Gemeindeverwaltung Bad Zwischenahn diese Entscheidung positiv mit begleiten.

Vors. Nee bedankt sich bei BM Knetemann und BM Dierks für ihre Stellungnahmen.

KA Fisbeck erkundigt sich, ob eine evtl. Erweiterung der Förderschule oder der BBS in den Überlegungen berücksichtigt worden seien.

Ltd. KVD Denker verweist hierzu auf die Frage 9 der SPD-Fraktion. Hier sei dieser Aspekt und wie die Prognose aussehe, beantwortet worden.

KA Wiechert bittet darum, dass die Schulleitung und die Anwesenden zwei Elternvertreterinnen der Astrid-Lindgren-Schule ein kurzes Meinungsbild/Statement zum Standort Rostrup abgeben. Für die CDU-Fraktion seien gerade diese Aussagen in der letzten Sitzung für eine Entscheidungsfindung ausschlaggebend gewesen.

Schulleiterin Behrens teilt mit, dass sie sich bereits ausführlich geäußert habe und sie das Wort an die Elternvertreterinnen weitergebe. Sie trägt die Bitte an den Ausschuss vor, dass dieser zum Wohle der Schülerinnen und Schüler dringend zu einer Entscheidung kommen möge und hierbei die Wünsche der Eltern berücksichtigt werden.

Frau Schreiber, Elternvertreterin der Astrid-Lindgren-Schule, berichtet, dass sie in Bad Zwischenahn, Ekern wohne und ihre zwölfjährige Tochter seit einem halben Jahr die Schule besuche. Diese blühe in der Schule auf. Die Kinder würden in dieser Schule etwas fürs Leben lernen, z.B. Essen zuzubereiten. Leider würden an dieser Schule entsprechende Räume fehlen, Steckdosen seien nicht gesichert, die Barrierefreiheit sei nicht gegeben etc., so dass nicht alle Schülerinnen und Schüler das 1. OG nutzen könnten. Es sei wichtig, dass es jetzt eine Entscheidung zum Schulstandort gebe, damit nicht noch mehr Zeit verstreiche. Der Standort der neuen Schule müsse zentral gelegen sein und dies sei in Rostrup gegeben. Zu dem angesprochenen Aspekt bzgl. des vermehrten Verkehrs durch einen Standort in Rostrup merkt sie an, dass es, gegenüber den meisten anderen Schulen, keine „Elterntaxis“ bei der Astrid-Lindgren-Schule gebe. Somit werde es lediglich durch die Schulbusse morgens und mittags etwas mehr Verkehr geben, aber nicht durch das Bringen und Abholen der Schüler und Schülerinnen durch die Eltern.

Frau Frerichs, Elternvertreterin der Astrid-Lindgren-Schule, berichtet, dass sie in Wiefelstede, Ortsteil Dringenburg wohne und ihr achtjähriger Sohn die 3. Klasse der Astrid-Lindgren-Schule besuche. Sie beschreibt den Tagesablauf ihres Sohnes wie folgt: 6 Uhr aufstehen, 6:40 Uhr -Abfahrt mit dem Bus. Dieser sei über 1 Stunde unterwegs und viele Kinder würden in dieser Zeit im Bus schlafen und seien beim Eintreffen an der Schule kaputt und müde. 15:30 Uhr Unterrichtsende (Mo-Mi) - über eine Stunde Rückfahrt mit dem Schulbus (für viele Kinder ist der Weg sogar noch weiter) -, ca. 16:30 Uhr Ankunft zu Hause. Durch den langen Tag habe man kaum noch Zeit für andere Aktivitäten.

Bei einer Entscheidung für den Schulstandort sei die zentrale Lage und die gute Erreichbarkeit ein wichtiger Aspekt und dieser sei mit einem Standort in Rostrup gegeben. Auch sie sei der Meinung, dass man zum Wohle der Kinder nunmehr zu einer schnellen Entscheidung gelangen müsse. Im Weiteren habe sie den Wunsch an die Gemeinde Edewecht als jetzigen Schulträger, dass diese sich auch in der Übergangszeit gut um die Schule kümmere. Es sei nachvollziehbar, dass keine größeren Investitionen mehr vorgenommen werden, aber es müsse weiterhin das Wohl der Schülerinnen und Schüler im Auge behalten werden.

Vorsitzender Nee bedankt sich bei der Schulleiterin und auch den Elternvertreterinnen für ihre Ausführungen.

KA Wiechert bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen der Elternvertreterinnen. Sie merkt an, dass man darüber, wie die Verwaltung mit dieser Thematik umgegangen sei, nicht zufrieden sei. Die Beratung hätte zunächst direkt in den Schulausschuss gehört und nicht in den Ausschuss für Feuerschutz- und Bauwesen. Sie wünsche sich, dass zukünftig mit einem so emotionalen Thema anders umgegangen werde. Im Weiteren bedankt sich KA Wiechert bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Fragen.

Sie teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion für einen Standort in Rostrup aussprechen werde und den Beschlussvorschlag positiv begleite. Sie hoffe, dass die bestehenden Kooperationen beibehalten und neue Kooperationen geschaffen werden können. Die Verkehrssituation an der BBS in Rostrup müsse bei den Planungen mit in die Betrachtung genommen werden.

KA Stolle bedankt sich für die ausführlichen Schilderungen der Elternvertreterinnen. Diesen könne man ein eindeutiges Votum für den Standort Rostrup entnehmen. Es seien aus Ihrer Sicht jedoch einige Dinge kritisch zu betrachten. In den Gutachten sei in Bezug auf die angestrebten Kooperationen immer das Wort "könnte" verwandt worden, es sei also fraglich, ob diese zu realisieren seien. Auch denke sie nicht, dass entgegen der vorherigen Ausführungen, zukünftig alles "fußläufig" für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen sei. Im Weiteren sieht sie den zukünftigen Verkehr als kritisch an. Sie könne nicht nachvollziehen, wie man in der Prognose bei 140 Schülerinnen und Schülern auf lediglich 15 Kleinbusse komme. Trotz der unterschiedlichen Schulanfangszeiten würde es ihrer Meinung nach zu einer zusätzlichen Verkehrsbelastung kommen. Die Elmendorfer Straße sei bei den zukünftigen Planungen unbedingt mit in die Betrachtung zu nehmen. Ein weiterer kritischer Punkt sei für sie das zukünftige sehr große Schulzentrum. Ihrer Meinung nach benötigten gerade diese

Schülerinnen und Schüler einen kleineren geschützten Raum. Der Schwerpunkt im schulfachlichen Gutachten sei aus ihrer Sicht zudem eher auf dem Sekundarbereich I gelegt worden und der Primarbereich sei aus ihrer Sicht nicht ausreichend betrachtet worden.

KA Lukoschus merkt an, dass dieses Thema alle bewege und es in den vorherigen Ausschüssen einen ausführlichen Meinungs austausch gegeben habe. Nach der damaligen Begehung der Astrid-Lindgren-Schule sei der dringende Handlungsbedarf deutlich geworden. Seinerzeit sei man davon ausgegangen, dass diese Schule am Standort Edewecht verbleiben könne. Mittlerweile hätten viele Beratungen und Diskussionen stattgefunden. Das baufachliche Gutachten, das Votum des Kreiselternrates, des Schulvorstandes u.a. sprechen sich eindeutig für den Standort Rostrup aus. Aus den vorgenannten Gründen stimme die Gruppe "Wir Ammerländer" dem Beschlussvorschlag zu.

KA Miks teilt mit, dass viele Argumente ausgetauscht worden seien und bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Synopse. Diese habe sicherlich viel Arbeit bereitet, sei für eine Meinungsfindung aber sehr hilfreich gewesen. Sie sei überzeugt, dass die Astrid-Lindgren-Schule und die BBS gute Arbeit leisten, egal an welchem Standort die neue Schule entstehe. Im Weiteren stimme sie den Ausführungen von KA Stolle zu und stehe der Verkehrsbelastung kritisch gegenüber. Nach ausführlichen Besprechungen innerhalb der Fraktion B90/Die Grünen sei man mehrheitlich zu dem Ergebnis gelangt, dass man den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Man favorisiere eher einen Neubau am neuen Standort in Edewecht, um so die bestehenden Strukturen und Kooperationen aufrecht zu erhalten.

KA von Essen ist der Auffassung, dass sich dieser zusätzliche Ausschuss gelohnt habe. Die ausführliche Vorlage und die Ausführungen der Elternvertreterinnen hätten dazu geführt, dass sich die anfängliche kritische Haltung der CDU-Fraktion geändert habe und sich diese nun mit einem klaren und positiven Votum für den Standort Rostrup ausspreche. Er merkt an, dass dies keine Entscheidung gegen die Gemeinde Edewecht sei, sondern aus schulfachlicher Sicht getroffen werde. Die Schule leiste eine hervorragende Arbeit und die Anforderungen seien in den letzten Jahren gestiegen und nicht mehr von der Gemeinde Edewecht als Schulträger zu leisten. Seinen Dank spricht er auch den Elternvertreterinnen für ihre Ausführungen aus. Es komme jetzt auf die Verwaltung eine große Herausforderung mit den weiteren Planungen zu.

KA Bischoff spricht ihren Dank für die gute Vorarbeit an die Verwaltung und an die Bürgermeister und Elternvertreterinnen für ihre Ausführungen aus. Aus ihrer Sicht sei man hier in der glücklichen Situation, dass man zwischen zwei guten Standorten auswählen könne. Unter Bezugnahme der Vorlage und den Ausführungen der Elternvertreterinnen müsse zugunsten der Schülerinnen und Schüler über einen neuen Standort entschieden werden. In Bezug auf die Übernahme der Schulträgerschaft bittet sie darum, dass es hierzu in der nächsten Schulausschusssitzung eine Beschlussvorschlag gebe. Es müsse inhaltlich deutlich gemacht werden, dass zu Beginn des Neubaus die Trägerschaft auf den Landkreis übergehe.

Vors. Nee bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die kurzen und sachlichen Ausführungen zu diesem Thema. Im Weiteren spricht er seinen Dank an BM Knetemann und BM Dierks sowie an Frau Behrens und die Elternvertreterinnen für ihre Ausführungen aus. Er sei der Meinung, dass der Ausschuss unter Berücksichtigung aller Aspekte und bisherigen Beratungen zu einer Entscheidung kommen solle.

Es wird sodann über den Beschlussvorschlag abgestimmt (Ergebnis aus protokollarischen Gründen vgl. unten).

In Bezug auf die vorgetragene Bitte und die Ausführungen zur Übernahme der Schulträgerschaft merkt Ltd. KVD Denker nach der Beschlussfassung an, dass aktuell in Bezug auf die Interimszeit intensive Gespräche mit der Gemeinde Edewecht geführt werden. Hierzu gebe es ein Schreiben der Gemeinde Edewecht, welches von der Verwaltung geprüft werde. Im Weiteren werde man diese Thematik in der nächsten Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten ausführlich besprechen. Hier gehe es u.a. auch um finanzielle Fragen. Er weist darauf hin, dass mit einer finalen Entscheidung zum Standort Rostrup die Arbeit in Edewecht nicht eingestellt werde. Die Kreisverwaltung und auch die anderen Gemeinden, würden die Gemeinde Edewecht in der Übergangszeit bis zur Inbetriebnahme eines neuen Schulgebäudes und den damit verbundenen Schulträgerübernahme unterstützen, um im Sinne der Schülerinnen und Schüler weiterhin eine reibungslose Beschulung zu gewährleisten.

Dem Kreisausschuss wird mit 11 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen mehrheitlich vorgeschlagen:

Aus schulfachlicher Sicht wird als Standort für eine neu zu errichtende Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ das kreiseigene Grundstück an der Elmendorfer Straße in Rostrup festgelegt.

Zu TOP 7 Mitteilungen der Landrätin

KA Miotk teilt mit, dass man sich in den letzten Sitzungen mit der Errichtung einer Förderschule mit dem Schwerpunkt „Emotionale-soziale-Entwicklung“ befasst habe. Im Oktober 2023 sei beim Regionalen Landesamt für Schule und Bildung ein Antrag auf Errichtung einer ESE-Schule gestellt worden. Anfang dieser Woche sei auf Nachfrage mitgeteilt worden, dass die schulfachliche Prüfung des Antrags abgeschlossen sei und eine Stellungnahme an das Kultusministerium weitergeleitet wurde. Der Inhalt dieser Stellungnahme sei nicht bekannt. Eine Antwort des Kultusministeriums müsse abgewartet werden.

LR Harms teilt mit, dass es erste Treffen zwischen der Kreisverwaltung und den Gemeinden in Bezug auf eine Ganztagsbetreuung in den Schulen gegeben habe und hierzu ein laufender Meinungsaustausch stattfinde. Viele Rahmenbedingungen und Anforderungen seien noch nicht abschließend geklärt. Sie kündigt für den nächsten Jugendhilfeausschuss eine Sitzungsvorlage an.

Im Weiteren teilt LR Harms mit, dass sich am "Stadtradeln" im letzten Jahr viele Schulen beteiligt hätten. Vor diesem Hintergrund teilt sie mit, dass am 2. Juni 2024 um 14:30 Uhr das diesjährige "Stadtradeln" in Rastede mit einem Event starten werde.

Zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

KA von Essen teilt mit, dass er von der KGS Rastede darum gebeten wurde, den Antrag zur Errichtung einer Förderschule ESE mit Nachdruck zu verfolgen, um in die Planungen für das nächste Schuljahr gehen zu können. Er bittet darum, den Ausschuss auch außerhalb der Sitzungen über den Sachstand zu informieren.

KA Stolle merkt an, dass die zusätzliche Sitzung des Schulausschusses - wohlwissend, dass diese viel Arbeit bereitet habe - gelohnt habe. Für solche grundlegenden Entscheidungen sei es unumgänglich, umfassende Informationen zu erhalten. Die Vorlage nebst Anlagen zu diesem Ausschuss seien wesentlich informativer und tiefgreifender als die bisherigen Unterlagen gewesen, so dass unter Abwägung aller Aspekte eine Entscheidung getroffen werden konnte.

KA Stolle merkt im Weiteren an, dass es an der Gristeder Straße eine prekäre Situation gegeben habe und fragt nach, ob die Verwaltung hierüber Kenntnis habe.

EKR Kappelmann teilt mit, dass KA Miks das Straßenverkehrsamt hierüber informiert habe. Die Angelegenheit werde zurzeit in Abstimmung mit anderen Behörden bearbeitet.

KA Miks weist darauf hin, dass die Fraktion B90/Die Grünen trotz ihrer Gegenstimmen natürlich den gefassten Beschluss zum Standort Rostrup mittrage. In Bezug auf den gemeldeten Vorfall an der Gristeder Straße bittet sie darum, hier evtl. priorisiert Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Diese Straße sei auch ein Schulweg und hier müsse dringend etwas passieren.

Zu TOP 9 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Nee schließt die öffentliche Sitzung.